

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**09.09.2008**

---

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:05 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Monika Kammeier  
Herr André Langeworth (ab 17.40 Uhr)  
Frau Ricarda Osthus  
Herr Michael Weber  
Herr Dr. Jörg Zillies

SPD

Herr Friedhelm Donath  
Frau Nebahat Pohlreich  
Frau Barbara Schneider  
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 19.10 Uhr)  
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Mann  
Frau Elisabeth Rathsmann-  
Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Christiane Cascante-  
Maristany

FDP

Herr Harald Buschmann (bis 18.55 Uhr)

Die Linke

Frau Beate Niemeyer

Beratende Mitglieder

Frau Cemile Acar-Gökce Migrationsrat (bis 19.10 Uhr)  
Frau Iris Huber Seniorenrat  
Herr Rolf Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

AGW Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände BI

Herr Erwin Adams

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Frau Schröder

Herr Ohlendorf

Herr Wörmann  
Herr Hilker

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Stab Dezernat 5  
Stab Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Zu Punkt**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

**Zu Punkt 1**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 44. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.08.2008**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.08.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**

**Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1 Bewerbung: Freiwilligendienste aller Generationen - Bundeswettbewerb**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer:

Frau Schulz informiert über den Inhalt eines ausgeschriebenen Bundeswettbewerbes des BMFSF. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz habe sich die Stadt Bielefeld beworben. Die Entscheidung über die Teilnahme an diesem Wettbewerb liege noch nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 (neu) Sachstandsbericht zur Trinkwassersituation in Stieghorst und Hillegossen**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer:

Frau Dr. Delius teilt mit, dass die Trinkwasserproben im Gebiet Oerlinghauser Straße und Osningstraße eine deutliche Verbesserung ergeben hätten. Die Chlorung werde in diesem Bereich für weitere 2 Monate fortgesetzt. Das Abkochgebot sei für dieses Gebiet aufgehoben worden und das Wasser trinkbar. Im Bereich Bethel müsse nicht mehr gechlort werden. Der defekte Trinkwasserbehälter werde derzeit saniert.

-.-.-

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.08.2008 zum Thema: "Unterversorgung von stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Plätzen in OWL"**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer: 5772/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die schriftliche Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**). Auf Nachfragen von Frau Weißenfeld, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Weber (CDU) teilt Beigeordneter Herr Kähler mit, dass die Krankenhausbedarfsplanberatungen in der zuständigen Landeskommision Ende September stattfinden. Darüber hinaus verweist er auf das mit der Einladung versandte Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS NRW). Der Psychiatriebeirat der Stadt Bielefeld sehe einen über die bereits beschlossene Aufstockung hinaus gehenden Bedarf an 12 stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Plätzen in OWL. Hierüber müsse im Rahmen der Krankenhausbedarfsplanberatungen entschieden werden. Die Auffassung des MAGS NRW, dass sich langfristig Fehlbelegungen in dem Bereich ergeben würden, teile die Stadt Bielefeld nicht. Auf Vorschlag von Frau Cascante-Maristany und Frau Weißenfeld solle der Bezirksregierung in Detmold die Einschätzung der Stadt Bielefeld übermittelt werden. Gleichzeitig sollten die umliegenden Gemeinden bzgl. der prekären Situation sen-

sibilisiert werden. Dadurch könne gegenüber dem MAGS NRW Druck aufgebaut werden.

Die Finanzierung der bereits vereinbarten Aufstockung um 12 Betten sei von den beteiligten Kommungen zugesagt, wobei ein Kämmerer der Auf-fassung sei, er müsse sich an die Zusage nicht halten. Hier würden der-zeit Gespräche geführt. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet die Verwaltung mit diesem Kämmerer umgehend eine Einigung zu erzie-len, damit die Aufstockung umgesetzt werden könne.

---

### **Zu Punkt 3.2 (neu) Notfallversorgung in den Bielefelder Krankenhäusern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5790/2004-2009

Frau Dr. Delius teilt mit, dass eine differenzierte Beantwortung der Anfra-ge nicht möglich sei, da hierüber keine Daten vorliegen. Die Wartezeit in der Notaufnahme sei kein Pflichtkriterium im Qualitätsbericht der Kran-kenhäuser und würden deshalb statistisch nicht erhoben. Eine kurze Wartezeit stelle aber ein Qualitätsziel der Krankhäuser dar.

Nach den Ermittlungen beim Bielefelder Rettungsdienst seien in Bielefeld keine Personen in den Notaufnahmen abgewiesen worden.

Über Schwierigkeiten mit alkoholisierten Personen in den Notaufnahmen liegen keine Erkenntnisse vor. Im 1. Halbjahr 2008 seien 346 alkoholisier-te Personen behandelt worden, wobei 45 Personen unter 18 Jahre wa-ren.

Herr Weber (CDU) bittet zukünftig nur Anfragen zu Schwachstellen einzu-reichen, die sich im Klärungsbereich der Stadt Bielefeld befinden. Zu-stände im Ausland sollten keine Gründe für Anfragen darstelle. Nach Auf-fassung von Herrn Dr. Zillies sei nicht die Wartezeit in der Notaufnahme entscheidend, sondern mit welcher Strategie Notsituationen bewältigt würden.

---

### **Zu Punkt 3.3 (neu) Zielvereinbarung und/oder Handlungsempfehlungen und/oder Geschäftsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit an die ARGE bzw. Arbeitsplus**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5783/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass Anfragen zukünftig im Rahmen der Ge-schäftsordnung gefasst werden sollen. Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass aufgrund des Umfangs der Anfragen noch keine abgestimmte schriftliche Antwort vorliege. Eine schriftliche Beantwortung wird für die nächste Sitzung zugesagt.

---

**Zu Punkt 3.4**      **(neu) Anzahl, Arbeitsfelder, Arbeitgeber bezüglich der Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 SGB II**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5784/2004-2009

Siehe Begründung zu Punkt 3.3.

---

**Zu Punkt 3.5**      **(neu) Erwerbslose im Alter von 60 Jahren und das Thema "Zwangsverrentung"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5785/2004-2009

Siehe Begründung zu Punkt 3.3.

---

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

---

**Zu Punkt 5**      **Konzept Familienfreundliches Bielefeld Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder, 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5396

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die ergänzte Fassung der Vorlage. Beigeordneter Herr Kähler erläutert die Darstellung der eingegangenen Änderungsvorschläge und den Aufbau der ergänzten Beschlussvorlage, in der alle eingegangenen Anregungen berücksichtigt worden seien.

Herr Weber (CDU) würdigt die Beschlussvorlage als Fleißarbeit. Die CDU-Fraktion sehe die zur Verfügung gestandene Zeit nicht als ausreichend an, um eine heutige Beschlussfassung zu erzielen. Er stellt daraufhin den Antrag:

**„Die Beschlussfassung über die Vorlage, Drucksachen-Nr.: 2009/5396, wird in die Oktober-Sitzung des SGA verschoben“.**

Frau Weißenfeld erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie eine heutige Beschlussfassung anstrebe. Weiterhin kritisiert sie, dass die SPD-Fraktion nicht im Vorfeld über den noch bestehenden Beratungsbedarf informiert worden sei. Frau Cascante-Maristany schließt sich dem Antrag der CDU-Fraktion an. Ihr fehle der Zusammenhang der einzelnen Konzepte unter-

einander.

Frau Mann stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu und verliert darüber hinaus für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch folgenden

**„Änderungsantrag zu Punkt „Familienfreundliche Arbeitswelten 1.4“. Nach dem ersten Satz soll eingefügt werden:**

**Die REGEmbH wird beauftragt bei den Unternehmerverbänden und Unternehmen abzufragen, welche Unterstützungsleistungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewünscht und als notwendig angesehen werden. Dabei sind die Anforderungen an die Kommune zu benennen und eigene Angebote der Unternehmerverbände/Unternehmen darzustellen.“**

Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage sieht die Beschlussfassung der Vorlage unter keinem Zeitdruck und schätzt eine Entscheidung darüber in der nächsten Sitzung nicht als problematisch ein.

Auf Nachfragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Weißenfeld und Herrn Weber (SPD) weist Beigeordneter Herr Kähler daraufhin, dass die Konzepte seniorenfreundliches und behindertengerechtes Bielefeld bewusst von dem Konzept familienfreundliches Bielefeld getrennt worden seien. Eine gemeinsame Beschlussvorlage erfordere eine noch umfangreichere Beschlussfassung, als es ohnehin schon sei. Darüber hinaus sei 2007, im Rahmen der Beschlussvorlage „Bielefelder Perspektiven 2004 – 2009“, über finanzielle Mittel entschieden worden. Die zur Beschlussfassung anstehende Vorlage soll lediglich eine inhaltliche Darstellung sein, die die einzelnen Facetten des Konzeptes betrachte. Hiermit würde ein Grundsatzbeschluss erzielt. Der Konsens über einzelne Projekte müsse mit Umsetzungsbeschlüssen in den Fachgremien erzielt werden. Herr Weber (CDU) erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Berücksichtigung ihrer Änderungsvorschläge als nicht ausreichend angesehen werde. Des Weiteren schlägt er vor, die eingearbeiteten Änderungen in Fettdruck kenntlich zu machen. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die in den Sitzungen geäußerten Änderungsvorschläge nicht in den Stellungnahmen der Fraktionen enthalten seien. Er bittet nochmals, diese Vorschläge zu formulieren und im Rahmen einer Stellungnahme dem Dezernat 5 mitzuteilen. Alle Beteiligten sind sich einig darüber, dass die Beschlussfassung dieser Vorlage nicht als Wahlkampfthema genutzt werden soll.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst daraufhin folgenden

### **Beschluss:**

**Die Beschlussfassung über die Vorlage „Konzept Familienfreundliches Bielefeld, Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder“, Drucksache-Nr. 2009/5396, wird bis zur Sitzung am 14.10.2008 vertagt.**

- einstimmig beschlossen -

## Zu Punkt 6

### Lebenslagenbericht 2007

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5744/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die Maßnahmen, die aufgrund des Lebenslagenberichtes 2006 geschaffen worden seien. Insbesondere weist er auf die Einrichtung des „Bielefelder Kinderfonds“ unter dem Dach der Stiftung Solidarität hin. Daraus würden „geldwerte Hilfen“ für den Freizeitbereich eingesetzt. Herr Wörmann erläutert die Ergebnisse des Berichtes „Lebenslagen und soziale Leistungen 2007“ (**Anlage 2**).

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für den Bericht und sieht die Schlussfolgerungen als Ansatzpunkte zur Einflussnahme, zur zielgenauen Steuerung und für Gespräche mit der Arbeitplus in Bielefeld GmbH. Herr Dr. Zillies lobt auch diesen zweiten Lebenslagenbericht. Der erste Bericht habe sehr unterstützend für die politische Arbeit gewirkt. Er sehe ihn aber noch nicht als abgearbeitet an. Für ihn stelle sich die Frage, wie zukünftig mit den Ergebnissen solcher Berichte umgegangen werden soll. Frau Osthus weist auf den höheren Bedarf bei der kinderpsychiatrischen Versorgung der 3 – 6 Jährigen hin und fragt nach Gründen. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit dem ersten Bericht sieht Frau Weißenfeld die unveränderte Struktur des Berichtes als sehr hilfreich an. Hierdurch würden Veränderungen in der Gesellschaft sichtbar. Auf weitere Nachfragen führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass soziale Prozesse zum Teil stadtbezirkstypisch und nicht immer in speziellen Personengruppen begründet seien. Der Begriff „Migrant“ dokumentiere die Feststellung einer anderen Nationalität. Dadurch könnten die Probleme im Bereich der Sprachentwicklung deutlich gemacht werden. Frau Niemeyer wertet Hartz IV als Grund für die Entwicklung der Kinderarmut und sieht die Kommune nicht in der Lage, einen Ausgleich zu schaffen. Frau Mann schlägt vor, die Altersarmut näher zu betrachten, um Möglichkeiten zu schaffen, die älteren Menschen zu erreichen. Darüber hinausgehende Fragen werden von Herrn Wörmann beantwortet.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

---

## Zu Punkt 7

### Aufgabe der städtischen Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer Ernst-Rein-Str. 54, 33613 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5462

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die Besichtigung der neuen Räumlichkeiten an der Kreuzstraße. Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage und teilt mit, dass die Bezirksvertretung Mitte, ohne Beteiligung der CDU-Fraktion, die Vorlage einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen habe. Es gibt keine Nachfragen.

**Beschluss:**

**Die Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer Ernst-Rein-Str. 54, 33613 Bielefeld, wird zum 30.09.08 aufgegeben.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Aufgabe des Übergangsheimes Prinzenstr. 10**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5515/2004-2009

Frau Schulz erläutert die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion der Bezirksvertretung Mitte sich nicht an der Abstimmung beteiligt habe. Die übrigen Mitglieder haben die Vorlage einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen.

**Beschluss:**

**1. Das Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge, Prinzenstr. 10, im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte wird zum 31.10.2008 aufgegeben.**

**2. Die Verwaltung wird gebeten, bei der Bezirksregierung Detmold die Entlassung aus der Zweckbindung zu beantragen.**

-

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**Bericht der Heimaufsicht für das Jahr 2007**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5394

Frau Schulz teilt mit, dass dieser Bericht der Letzte in kommunaler Verantwortung sei. Zukünftig werde das Heimrecht im Wohn- und Teilhabegesetz NRW geregelt und sei eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Herr Ohlendorf informiert über den Inhalt der Vorlage und weist auf folgende signifikante Punkte hin:

- Anstieg der unangemeldeten Kontrollen und der Nacht- und Wochenendkontrollen,
- keine Mängel, die ordnungsrechtliche Maßnahmen erfordern,
- Zunahme der Beschwerden (von 11 auf 17),
- konstante Pflegestufen, Schwerpunkt bei Pflegestufe 2,
- leichter Rückgang des Fachkräfteschlüssels,
- Heimmitwirkung wird in alle Einrichtungen über Heimbeiräte wahrgenommen, in Alten- und Pflegeeinrichtungen habe die Zahl der externen Mitglieder, als Vertreterinnen und Vertreter für Demenzkranke, zugenommen.

Stationäre Bereiche würden zunehmend in Wohngruppen ausgegliedert. Hier sei die Abgrenzung zur Wohngemeinschaft sehr problematisch. In

Investorengesprächen wäre erkennbar, dass sich die Tendenz mehr in Richtung Wohngemeinschaften entwickle. Hierbei würden teilweise abenteuerliche Vorstellungen unterbreitet.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für den Bericht und verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme des Psychiatriebeirats und die Stellungnahmen des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen zum Gesetzentwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (**Anlagen 3 und 4**). Fragen von Herrn Weber (CDU), Frau Weißfeld, Frau Niemeyer, Herrn Winkelmann und Frau Schneider werden von Herrn Ohlendorf beantwortet.

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **Finanzbericht des Dezernates 5 - II. Quartal 2008 -  
Berichterstattung: Beigeordneter Herr Kähler, Dezernat 5**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer: 5665/2004-2009

Der Inhalt der Informationsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**  
**Berichterstattung: Frau Schulz, Amt für soziale Leistungen - Sozialamt-**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten..

-.-.-

Bielefeld, 09.09.2008

---

Elisabeth Rathsmann-Kronshage  
(Vorsitzende)

---

Anja Krumme  
(Schriftführerin)